

**Rede von Landrat Luca Wilhelm Prayon zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2026 für den Bodenseekreis in der Sitzung des Kreistags am 18. November 2025**

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisrätinnen und Kreisräte,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Landratsamtes,

heute darf ich den Kreishaushalt für das Jahr 2026 einbringen. Und auch dieser Haushalt stellt uns erneut vor enorme Herausforderungen. Aber Sie alle kennen die aktuelle dramatische finanzielle Lage. Seit längerer Zeit schon warnen Städtetag und Landkreistag vor der kompletten Überforderung der kommunalen Ebene. Leider verhallen unsere Kassandrarufer. Die Verhandlungen mit dem Land und dem Bund sind sehr zäh. Ein hörbares Echo ist bislang kaum zu vernehmen. Festzuhalten ist, dass es eine klare Neuordnung der Finanzbeziehungen und einen konsequenten Abbau von Aufgaben braucht.

Als ein Beispiel will ich hier die Eingliederungshilfe anführen.

Über die Hälfte (51,5%) des Nettoressourcenbedarfes des Teilhaushalts 5 betrifft die Teilhabe für Menschen mit Behinderung.

Inzwischen sind es 98,4 Mio. Euro an Sozialtransferaufwendungen – dies entspricht einer Steigerung von 52 Prozent in den letzten 5 Jahren und bildet so in den reinen Zahlen die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes ab.

Bei dessen Umsetzung ist der Bodenseekreis allerdings auch in besonderer Weise gefordert. So besteht erfreulicherweise ein sehr ausdifferenziertes Leistungsangebot für Menschen mit Behinderung (Fachzentren, dezentrale Angebote, ...), welches aber dann auch zu einem überproportional hohen Anteil an Leistungsberechtigten pro Einwohner beiträgt (10,8 Empfänger pro 1.000 EW / Ba-WÜ 7,5 Leistungsempfänger pro 1000 EW). Obwohl der Nettoressourcenbedarf pro Fall (31.266 €) unter dem Landesschnitt (34.716 €) liegt und für 2026 „nur“ mit einer vergütungsbedingten Steigerung von 3 Prozent gerechnet wird sind die Auswirkungen auf den Haushalt entsprechend groß.

In den letzten Wochen konnte mit dem Land eine Einigung bei den BTHG-bedingten Mehrkosten für die Jahre 2022 und 2023 erreicht werden. Es gilt aber, das Land weiter in die Pflicht zu nehmen und die mit dem BTHG verbundene Mehrkosten auch in den Jahren danach umfassend erstattet zu bekommen. Entsprechende Erstattungen sind im Haushalt vorgesehen

Wir stehen aber nicht nur finanziell mit dem Rücken an der Wand, nein, auch die Gesamtlage stimmt sorgenvoll. Von all den Themen, die einem die Laune verderben können, will ich vier hervorheben.

### Die wirtschaftliche Lage

Vergangene Woche veröffentlichte die FAZ einen großen Bericht mit dem Titel „Musterlände im freien Fall“. Dabei fiel das Wort „Industriesterben“ gleich mehrfach. Der Bericht beleuchtet zwar vor allem die Lage der Stadt Schwäbisch Gmünd und des Hauptarbeitgebers Bosch. Aber auch der Name unserer ZF fiel in diesem Zusammenhang mehrfach.

### Das soziale Miteinander

Die Kernfrage unserer Gesellschaft ist für mich: Wie wollen wir in 10 Jahren unser Miteinander organisieren. Denn der rasante gesellschaftliche Wandel wird uns in allen Lebensbereichen vor diese Frage stellen. Ganz wesentlich ist dabei der Bildungssektor. Daher will ich diesen einen Punkt aus dem ganzen bunten Strauß der Gesellschaftsthemen wählen.

Nach aktuellen Zahlen gelten knapp 20 Prozent der jungen Erwachsenen, also der unter 35-jährigen, bei uns im Land als ungelernt. Zugleich haben wir rund 30.000 offene und unbesetzte Ausbildungsstellen, zugleich allerdings auch über 20.000 junge Menschen die eine Ausbildungsstelle suchen. Wir haben hier ein massives sog. Passungsproblem, das wir uns nicht leisten dürfen.

### Die Sicherheitslage

Die sicherheitspolitische Lage verschärft sich weiter. Auch wir erleben täglich mehrfache und gezielte Angriffe auf unsere IT-Systeme. Andere befreundete Völker erleben noch ganz andere, tödliche Angriffe. Täglich, in Europa.

### Die ökologische Frage

Und dazu kommt, dass wir aktuell rund um die COP 30 wieder erneut erleben, dass die Themen Umweltschutz und Artensterben in den Hintergrund rücken, wenn sie nicht gleich komplett unter den Tisch der Tagespolitik fallen.

In dieser Gesamtgemengelage müssen wir einen Haushalt vorlegen, der die dramatische finanzielle Schieflage abfängt aber zugleich auch unseren Kreis fit für die Zukunft macht. Denn das ist für mich sehr wichtig, meine Damen und Herren, ein Haushaltsplan ist kein Selbstzweck. Unsere Verantwortung erstreckt sich über das Finanzielle hinaus auch auf den Erhalt der Zukunftsfähigkeit unseres Bodenseekreises.

Begonnen haben wir mit der **Zukunftskommission**.

Es gab einen intensiven und konstruktiven Austausch zu allen finanziellen Themen des Landkreises mit dem Ziel, einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu erreichen. Dies aber auch mit dem klaren Ziel, die finanziellen Lasten für unsere Kreismunicipien und -städte zu begrenzen. Dies ist uns zum Teil gelungen. Insofern bedanke ich mich sehr bei allen Beteiligten in diesem Verfahren. Denn wir konnten im Ergebnis Reduzierungen bzw. Verbesserungen im Umfang von 10 Millionen Euro erzielen. Das ist ein Ergebnis.

Klar ist allerdings auch, dass weitere und spürbare Einschnitte folgen müssen. Die Diskussion über Standards und auch die Frage, welche Aufgaben reduziert werden können, gehören mittlerweile zur alltäglichen Praxis bei uns.

Dabei spielen naturgemäß die Personalkosten eine zentrale Rolle. Jedoch ist es für mich sehr wichtig zu betonen, dass unsere Mitarbeitenden kein Kostenärgernis sind, sondern die wertvollste Ressource, die wir haben. Die Landratsämter sind unverzichtbar für unsere lebendige Gesellschaft. Aber der Druck der zunehmenden Aufgaben, der schwieriger werdenden gesellschaftlichen Verhältnisse und zugleich der notwendigen Kostensensibilität ist heftig. Exemplarisch will ich heute einmal die Kolleginnen und Kollegen des Jugendamtes hervorheben, die unter anderem 24 Stunden, 7 Tage die Woche für die Sicherheit unserer Kinder da sind. Hier wird Großartiges geleistet.

Und doch müssen wir bei unseren Personalkosten und unserem Stellenplan Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung vornehmen. Und das machen wir. Galt für 2025 noch die Vorgabe, keinen weiteren Stellenzuwachs vorzunehmen, so finden ab 2026 Stellenreduzierungen statt. Denn der Entwurf des Stellenplanes sieht vor, dass der Stellenplan um 13,48 Vollzeitäquivalente, also um 13,48 Stellen reduziert wird.

Eine Streichung in dieser Größe ist ein Signal. Ein Signal an Sie, dass wir bei der Erstellung des Haushaltsplanes alles Mögliche umgesetzt haben. Und ein Signal, dass die Landkreisverwaltung Wort hält. Sie haben uns zur Hoch-Zeit der Flüchtlingskrise im Zuge des Ukraine Krieges Stellen bewilligt, um der Krise Herr zu werden. Nun hat sich die Lage Gott sei Dank gebessert und die Anstrengungen in der Unterbringung von Geflüchteten sind deutlich zurückgegangen. Dies findet sich nun auch im Stellenplan wieder. Wir halten Wort und können erste kw Stellen wieder streichen.

Der Planansatz für unsere Personalkosten liegt bei 88,9 Millionen Euro. Dies sind 4,8 Millionen Euro mehr (+6 Prozentpunkte) als in 2025. Ein stattlicher Betrag, der vor allem durch Tarifsteigerungen bei der Bezahlung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zustande kommt. Auf die Tarifverträge und die Beamtenbesoldung hat das Landratsamt bekanntlich keinen Einfluss. Wir haben die Vorgaben umzusetzen. Zu den 88,9 Millionen Euro gehört auch, dass der Wert von Seiten der Verwaltung bereits um 3,1 Millionen Euro gekürzt wurde. Wir werden also auch in 2026 bei jeder freiwerdenden Stelle prüfen, ob die Stelle nachbesetzt werden kann oder ob dies aus Kostengründen nicht möglich ist.

Hier bin ich allen Kolleginnen und Kollegen im Landratsamt sehr dankbar für das Verständnis und konstruktive Miteinander. Wir haben aber auch keine andere Wahl, als diesen Weg zu gehen.

Zu den weiteren finanziellen Auswirkungen und den konkreten Ansätzen werden gleich Herr Lissner und Herr Dillmann wie gewohnt detailliert ausführen.

Mir ist an diesem Punkt noch der zweite Aspekt des Haushaltes wichtig. Wir gestalten damit nämlich auch unsere Zukunft. Und da dürfen wir mutig und optimistisch sein.

Im Jahr 2024 hat die Europäische Union einen Innovationsindex für die EU herausgegeben und untersucht, welche Region die innovativste ist. Und? Im Ergebnis ist die innovativste Region in der EU das Land Baden-Württemberg. In unserem Land wiederum liegt der Landkreis Böblingen auf Platz 1, gefolgt von unserem Bodenseekreis auf Position 2. Auch bei den Patentanmeldungen liegen wir im Land auf Position 2 hinter der Region Stuttgart.

Aber Ja, „Musterländle im freien Fall“ ist eine Schlagzeile, die uns nachdenklich stimmen muss. Wir sehen die großen Warnzeichen und wir erleben auch bei uns in der Region große Sorgen um die wirtschaftliche Zukunft. Und genau deswegen ist es unsere Aufgabe, mit gezielten Maßnahmen die Wirtschaft zu unterstützen und auch für unsere Kinder eine starke Wirtschaftsregion zu erhalten.

Was machen wir?

Wir investieren in unsere Verkehrsinfrastruktur.

Denn eine gute Verkehrsinfrastruktur ist unerlässlich für den wirtschaftlichen Erfolg einer Region.

So wurde letzte Woche nach langem und hartem Ringen mit dem Land um die Finanzierung des Ausbaus und der Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn die Finanzierungsvereinbarung vom Verkehrsminister Winfried Hermann, den Vertretern der DB und den beiden Landräten unterschrieben. Wir haben für die Finanzierung dieses bedeutenden Projektes eine tragfähige Lösung erarbeitet – wir werden als Bodenseekreis einen hohen zweistelligen Millionenbetrag investieren, um das Projekt zu realisieren. Ein enorm wichtiges Projekt für unseren regionalen, aber auch überregionalen Schienenverkehr. Ziel ist, den Antrag auf Planfeststellung 2028 beim Eisenbahn-Bundesamt einzureichen.

Wir investieren aber auch 2026 knapp 5 Millionen Euro in den Ausbau und Erhalt unserer Kreisstraßen sowie in unsere Geh- und Radwege. Maßnahmen, die unseren Bürgerinnen und Bürgern, aber auch unserem Tourismus unmittelbar zugutekommen.

Eine wichtige Infrastrukturmaßnahme ist der Neubau unserer Straßenmeisterei in Markdorf. Denn ein gutes Straßennetz muss auch unterhalten werden. Und das leisten unsere drei Straßenmeistereien im Kreis. Insgesamt 6,4 Millionen Euro sind hierfür im kommenden Jahr vorgesehen.

Ein weiterer großer Schwerpunkt wird auch 2026 die Entwicklung und Verbesserung unserer Schulen sein. Satt 13,2 Millionen Euro sehen wir als Investitionen für unsere Kreisschulen vor. Wir wollen unsere Schulen weiter stärken und damit unseren Schülerinnen und Schülern, aber auch den Lehrerinnen und Lehrern sehr gute Möglichkeiten bieten. So ist zum Beispiel die Sanierung der Werkstätten am BSZ in Friedrichshafen mit knapp 3,7 Millionen Euro vorgesehen. Ebenso eingeplant

sind auch Sanierungen und Verbesserungen an der Vanotti-Schule in Höhe von 3,6 Millionen Euro. Für unsere Elektronikschule in Tettnang sind zudem knapp 1 Millionen Euro vorgesehen.

Unsere Schulentwicklungsplanung ist mit den Workshops unter Beteiligung der Schulleitungen und Ihnen gestartet. Die Jahre 2026 und 2027 sind Planungsjahre. Die bauliche Umsetzung wird dann mittelfristig sicherlich die bedeutendste Investitionsgröße für den Bodenseekreis werden.

Eine weitere starke Säule im Bereich der Wirtschaftsförderung – aber eben auch ein zentrales Anliegen bei der Mobilitätswende hier bei uns im Kreis – ist die Vision 2024 und der erfolgte Ausbau unseres ÖPNV. Wir haben hier hohe Millionenbeträge vorgesehen, um auch zukünftig beim ÖPNV eine starke Vorreiterrolle einzunehmen. Ein ÖPNV, der den Pendlerinnen und Pendlern, aber auch dem Tourismus dient. Ein ÖPNV, der unseren Bürgerinnen und Bürgern soziale Teilhabe ermöglicht. Dieser ÖPNV war dem Kreistag in der Vergangenheit viel Geld wert, und wir sehen auch für 2026 entsprechende Mittel vor.

In diesem Bereich wird aber auch sehr viel Geld benötigt. Daher ist es eine der zentralen Aufgaben in den kommenden Beratungen, wie wir unserem Anspruch nach einem vorbildlichen ÖPNV bei geringer werdenden Finanzmitteln gerecht werden können. Es bedarf hier einer sehr kritischen Begutachtung und stetigen Untersuchungen über Kosten und den Nutzen der einzelnen Verbindungen. Und meinen Frust und Ärger über die schleppende Einführung des AFZS habe ich persönlich nochmals letzte Woche bei einer Fachveranstaltung mit der Hausspitze des VM geäußert. Dieses Instrument muss dringend in unsere Hand.

Meine Damen und Herren,

auch unser Flughafen gehört für mich als ein wichtiger Baustein zur Attraktivität unserer Wirtschaftsregion. Durch eine konsequente Zusammenarbeit mehrerer Beteiligter ist es gelungen, in den vergangenen Monaten eine Trendumkehr am Flughafen zu erreichen. Sichtbarstes Zeichen dieser konzertierten Aktionen ist der aktuell vermeldete Erfolg, dass es endlich wieder Deutschlandverbindungen vom Flughafen Friedrichshafen aus geben wird. Ab Januar gibt es wöchentlich zunächst 11 Flüge nach Berlin, Hamburg und Düsseldorf. Diese Nachricht ist genauso ermutigend wie die Ankündigung der Geschäftsleitung, für 2026 keine Zuschüsse von Kreis und Stadt zu benötigen.

Auch als Landkreisverwaltung stehen wir an der Seite unserer Unternehmerinnen und Unternehmer. Ein wichtiges Signal ging gestern von Überlingen aus, denn dort fand der Spatenstich und die Grundsteinlegung des neuen Innovations- und Entwicklungszentrums von Diehl Defence statt. Rund 500 anspruchsvolle, neue Arbeitsplätze entstehen hier bei uns im Bodenseekreis. Dieses Projekt hat unter anderem gezeigt, wie schnell ein Projekt vorangetrieben werden kann, wenn alle Beteiligten mitziehen. Ob Stadt, Kreis oder Regierungspräsidium – die öffentlichen Verwaltungen haben eindrucksvoll gezeigt, wie wir gemeinsam lösungsorientiert arbeiten. Das wird auch in Zukunft so sein.

Meine Damen und Herren,

die Sicherheitslage treibt uns in der Landkreisverwaltung auch ganz direkt um. Die IT-Sicherheit ist für uns als Landratsamt von entscheidender Bedeutung und wird laufend weiterentwickelt. Wie Sie wissen, waren wir im März dieses Jahres von einem Sicherheitsvorfall betroffen. Dieser hat den ständigen Weiterentwicklungsbedarf eindrucksvoll unterstrichen. Vor allem dem guten IT-Sicherheitsmanagement im Landratsamt war es zu verdanken, dass es zu keinen nennenswerten Schäden kam. Hier müssen wir die Handlungsfähigkeit bewahren, was allerdings auch kostenintensiv ist.

In den Digitalisierungsbemühungen kommt das Landratsamt Bodenseekreis gut voran. Mittlerweile können die Bürgerinnen und Bürger viele Anträge digital online abwickeln. Dies werden wir weiter ausbauen, da es sich lohnt. Nur eine Zahl als Beispiel: im vergangenen Monat kamen 1.900 voll digitale Anträge bei uns im Landratsamt an. Tendenz: jeden Monat steigend. Was früher über Papier oder den Gang zum Amt erforderlich wurde, kann nun von zuhause digital erledigt werden.

Meine Damen und Herren,

es ist mir noch ein Anliegen, einen Blick auf unser Engagement im Bereich Klima- und Umweltschutz zu werfen. Unser Klimateam arbeitet an einer umfassenden Klimaanpassungsstrategie, die praxisorientierte Maßnahmen für die kommenden Jahre aufzeigt und eine wichtige Grundlage für die künftige Arbeit in diesem Bereich bildet. Darüber hinaus arbeiten wir seit einiger Zeit gemeinsam mit unseren Nachbarlandkreisen und der Energieagentur Oberschwaben an einem praxisnahen, handhabbaren Modell zur Umsetzung der Klimaziele. Unser Ziel ist es, Bürokratie zu reduzieren, klare Strukturen zu schaffen und dabei die regionalen Gegebenheiten stärker zu berücksichtigen.

Dabei spielt die OEW aus meiner Sicht eine entscheidende Rolle. Zum einen verdanken wir der OEW Ausschüttungen von 11 Millionen Euro in 2026, zum anderen gestalten wir über die OEW die erfolgreiche Transformation der EnBW direkt mit. Hier leisten wir als Bodenseekreis einen großen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Wir werden daher auch weiterhin die Entwicklung eng begleiten und auf Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz achten. Für die große Unterstützung des Kreistages für die Kapitalerhöhung bedanke ich mich an dieser Stelle nochmals bei Ihnen.

Wichtig ist mir auch in diesem Jahr der Hinweis, dass wir über unser Forstamt, über unser Landwirtschaftsamt, über unser Umweltschutzamt und über unser Wasser- und Bodenschutzamt konsequent für den Erhalt unseres einmaligen Lebensraumes eintreten – bei zugleich dem Blick für die Belange der betroffenen Akteure und der notwendigen Anpassungen im Detail. Für das stete Ringen um die beste Lösung danke ich den Beteiligten.

Abschließend will das Thema ansprechen, dass aktuell die meisten Diskussionen mit sich bringt, unsere regionale Klinikversorgung.

Bekanntlich befindet sich der MCB im Insolvenzverfahren und wir uns im Bodenseekreis in intensiven Verhandlungen mit der Stadt Friedrichshafen und dem Landkreis Ravensburg über eine mögliche enge Zusammenarbeit. Ich will an dieser Stelle nochmals betonen, dass wir uns als Kreis in der Verantwortung sehen, eine gute und verlässliche stationäre medizinische Versorgung sicherzustellen. Dabei bietet es sich an, zusammen mit der OSK ein Zielbild zu entwickeln, um nicht die Fehler der Vergangenheit auch in der Zukunft zu begehen. Klar ist aber auch, dass wir dies mit einem Markterkundungsverfahren flankieren, um am Ende die möglichen Alternativen auch benennen zu können. Wir bleiben als Kreisverwaltung weiterhin im Austausch mit Helios, die bekanntlich die Klinik in Überlingen führen. Zudem ist der Standort Tettnang fester Bestandteil der Gespräche. Es findet nach wie vor eine Abstimmung anhand mehrerer möglicher Alternativen statt. Mit dem Land stehen wir zudem selbstverständlich ebenfalls im Austausch.

Finanziell haben wir als Überbrückung für die Zeit bis zu einer Neuausrichtung der stationären Versorgung im Haushaltsplanentwurf insgesamt 30 Millionen Euro vorgesehen. Davon allein im kommenden Jahr 2026 13 Millionen Euro. Danach gehen wir von einem verminderten jährlichen Beitrag aus.



Aufgrund der aktuellen Beratungen sind wir optimistisch, dass wir dieses schwierige Thema erfolgreich bearbeitet bekommen und Ihnen zeitnah die möglichen Alternativen präsentieren können.

Liebe Kreisrätinnen und Kreisräte,

für das stets gute und vertrauensvolle Miteinander im Kreistag danke ich Ihnen!

An die Bürgermeisterin und die Bürgermeister und Gemeinderätinnen und Gemeinderäte im Kreistag will ich auch dieses Jahr um Verständnis für die geplante Erhöhung der Kreisumlage um 2,4 Punkte bitten. Wir wissen, dass dies für Ihre Städte und Gemeinden eine besondere Herausforderung darstellt. Daher bin ich Ihnen für die konstruktiven Beratungen besonders verbunden.

Allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen der Kreisverwaltung, insbesondere Herrn Finanzdezernenten Michael Lissner und Herrn Kämmereiamtsleiter Daniel Dillmann mit seinem Team, danke ich sehr herzlich für die harte Arbeit an der Erstellung dieses Haushaltes.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie uns mit Blick auf die teilweise dramatischen Herausforderungen nicht naiv oder blauäugig sein. Aber mit mutigen Entscheidungen und Optimismus gehen wir die Chancen an. Dieser Haushaltsentwurf bietet eine gute Grundlage dafür.

Herzlichen Dank!